

Vorlage-Nr.: **2495-2008/DaDi** vom 26.11.2008

Aktenzeichen: 031-033

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Wirtschaftsplan 2009 - Kosten der Unterkunft - Antrag Die Linke-DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Da/Di fordert Landrat Jakoubek auf, in seiner Funktion als Präsident des hessischen Landkreistag und Vizepräsidenten des deutschen Landkreistag diese Resolution im hessischen und deutschen Landkreistag einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass hierfür eine Mehrheit gefunden wird.

Der Text dieser Resolution lautet :

- 1.) Der hessische und der deutsche Landkreistag fordern die Bundesregierung auf, auf eine weitere Absenkung der KDU im Jahr 2009 von derzeit 29,2,% auf 26% zu verzichten. Bei der Berechnung des Bundesanteiles werden den Kommunen und Landkreisen die real entstandenen Kosten erstattet.
- 2.) Ein im Grundgesetz verankertes Mitwirkungsrecht der kommunalen Spitzenverbände ist im aktuellen Bundesgesetzgebungsverfahren in der Frage Reduzierung des Bundesanteiles der KDU von 29,2, auf 26% zu gewährleisten.

Begründung:

Die weitere Absenkung der KDU würde die Haushaltslage von Kommunen und Landkreisen stark beeinträchtigen. Berücksichtigt man die bereits 2008 vorgenommene Reduzierung des Bundesanteiles der KDU werden Kommunen und Landkreise dauerhaft wichtige Finanzmittel entzogen.

Nach unseren internen Berechnungen sinken für den WP 2009 des Landkreises Da/Di bei dem Produkt P551-902 die Erträge um ca. 700 000 €

Es darf nicht sein, dass der Bund für das Funktionieren des Finanzmarktes quasi über Nacht 480 Milliarden Euro bereit stellt und in Not geratenen Unternehmen wie Opel mit Bürgschaften hilft, aber zeitgleich Kreise und Kommunen massiv durch die Absenkung des KDU Anteiles belastet. Eine weitere Absenkung der Finanzierung der KDU belastet die Haushalte für 2009 und lässt laufende Beratungen zur Maklatur werden.

Zudem sind gem. GGO des Bundesministeriums - § 47 GGO – die kommunalen Spitzenverbände bei allen Gesetzesvorhaben, die ihre Belange betreffen, grundsätzlich zu beteiligen.